

Deutsche Presseagentur, 19.04.07

**Schulen – Teil I / Pädagogische Hochschulen beklagen
Mangel an Hauptschullehrern – dpa Gespräch mit Wolfgang Schwark
(Teil 2 und 3: siehe unten!)**

Freiburg (dpa/lsw) - Die Hauptschulen im Südwesten kämpfen derzeit an vielen Fronten: Das Image ist schlecht, die Schülerzahlen rückläufig und überdies fehlen angemessen ausgebildete Lehrer. «Bei einem einheitlichen Studiengang für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen entscheidet sich nur ein Fünftel für den Studienschwerpunkt Hauptschule», klagte Wolfgang Schwark, Sprecher der Landesrektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen (PH), in einem dpa-Gespräch in Freiburg. Dies habe zur Folge, dass jeder zweite Absolvent mit Schwerpunkt Grundschule schließlich in der Hauptschule unterrichte und sich nicht ausreichend ausgebildet fühle.

Hintergrund der unausgewogenen Wahl der Schwerpunkte sei, dass 90 Prozent der Studenten weiblichen Geschlechts seien. «Das sind Frauen aus der Mittelschicht ohne Hauptschulerfahrung, die sich vom schlechten Ruf dieser Schulart leiten lassen», meinte Schwark, der Rektor der PH Freiburg ist. Hinzu komme, dass sich kaum Interessenten für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer fänden. So seien im Schnitt aller PH die Chemie nur zu 80 Prozent und die Physik zu 59 Prozent ausgelastet. Dagegen führen Deutsch zu 147 Prozent, evangelisch und katholische Theologie zu 150 Prozent und Geographie zu 122 Prozent Überlast.

Schwark schlägt vor, ein eigenes Lehramt für die Grundschule und die Pädagogik der frühen Kindheit zu schaffen und diesen Studiengang mit einem Numerus Clausus zu versehen. In einem weiteren Studiengang sollen die Lehrämter für Haupt- und Realschule zusammengefasst werden. Dies habe den Vorteil, die Pädagogen flexibel einsetzen zu können. «Wir haben dem Kultusministerium dieses Steuerungsinstrument mehrfach vorgeschlagen, stoßen da aber auf Beton», monierte Schwark.

Zudem forderte er eine einheitliche Bezahlung für die Lehrer an Haupt- und Realschulen. Die Einkommensdifferenz betrage derzeit 200 bis 300 Euro im Monat. «Es ist absolut unverständlich, dass Hauptschullehrer mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung und den schwierigsten Schülern am schlechtesten bezahlt werden.» Er wies darauf hin, dass an vielen Hauptschulen hervorragende innovative pädagogische Arbeit geleistet werde. Zudem mache eine höhere Bezahlung den Beruf des Hauptschullehrers für Männer attraktiver.

«Ein einheitlicher Studiengang eröffnet auch die Chance für Kooperationen der Haupt- und Realschulen und die Weiterentwicklung zur Verbundschule», sagte Schwark. Das gegliederte Schulsystem sieht er kritisch: «Es ist an der Zeit, dass mehrgliedrige Schulsystem auf den Prüfstand zu stellen, sowohl angesichts rückläufiger Schülerzahlen als auch abnehmender Übergangsquoten auf die Hauptschule.» Zudem garantiere diese Struktur nicht allen Kindern und Jugendlichen vergleichbare Startchancen und trage deshalb nicht dazu bei, die Demokratie zu festigen.

Julia Giertz, dpa

**Teil 2: Schulen/Hauptschullehrer gesucht –
Hochschulen wollen neuen Studiengang**

Freiburg (dpa/lsw) - Die Hauptschulen im Südwesten kämpfen derzeit an vielen Fronten: Das Image ist schlecht, die Schülerzahlen sinken und überdies fehlen angemessen ausgebildete Lehrer.

Die Pädagogischen Hochschulen (PH) schlagen daher einen neuen Studiengang vor. Das Kultusministerium lehnt dies bisher aber ab.

«Bei einem einheitlichen Studiengang für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen entscheidet sich nur ein Fünftel für den Studienschwerpunkt Hauptschule», klagte der Sprecher der Landesrektorenkonferenz der PH, Wolfgang Schwark, in einem dpa-Gespräch. Dies habe zur Folge, dass jeder zweite Absolvent mit Schwerpunkt Grundschule schließlich in der Hauptschule unterrichte und sich nicht ausreichend ausgebildet fühle.

90 Prozent der Studierenden sind weiblich. «Das sind Frauen aus der Mittelschicht ohne Hauptschulerfahrung, die sich vom schlechten Ruf dieser Schulart leiten lassen», meinte Schwark, der Rektor der PH Freiburg ist. Für naturwissenschaftlich-technische Fächer fänden sich kaum Interessenten. So sei im Schnitt aller PH die Chemie nur zu 80 Prozent ausgelastet, die Physik zu 59 Prozent. Überfüllt sind dagegen die Fächer Deutsch (147 Prozent), evangelische und katholische Theologie (150 Prozent) und Geographie (122 Prozent).

Das Kultusministerium nennt unter anderem folgende Mangelfächer, für die Lehrer an Grund- und Hauptschulen gesucht werden: Technik, Musik, Haushalt/Textil, Wirtschaftslehre, Physik, Englisch und Französisch. Auch regional gibt es große Unterschiede. Vor allem im südlichen Schwarzwald, Neckar-Odenwald-Kreis, in Hohenlohe und in Teilen Oberschwabens gibt es zu wenig Bewerber.

Kultusminister Helmut Rau (CDU) sagte: «Wir haben genügend Stellen im Haushalt, um den Lehrerberuf zu decken. Allerdings ist es nicht einfach, die Bewerber zu motivieren, in alle Landesteile zu gehen.» Die mangelnde Mobilität hänge auch damit zusammen, dass in den vergangenen sechs Jahren 34 000 Lehrer eingestellt worden seien; das sei ein Drittel des Kollegiums. Der leer gefegte Lehrermarkt habe dazu geführt, dass einige Bewerber nicht sehr flexibel waren, sondern auf ihrem Wunschstandort beharrten. Dies werde sich aber in den kommenden Jahren ändern.

Schwark schlägt zur Lösung der Probleme vor, ein eigenes Lehramt für die Grundschule und die Pädagogik der frühen Kindheit zu schaffen und diesen Studiengang mit einem Numerus Clausus zu versehen. In einem weiteren Studiengang sollen die Lehrämter für Haupt- und Realschule zusammengefasst werden. Dies habe den Vorteil, die Pädagogen flexibel einsetzen zu können.

«Wir haben dem Kultusministerium dieses Steuerungsinstrument mehrfach vorgeschlagen, stoßen da aber auf Beton», monierte Schwark. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die Vorschläge der PH. «Die Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses ist eine der größten Schwachstellen in unserem Land», sagte GEW-Landeschef Rainer Dahlem. Er mahnt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen PH und Universitäten in der Didaktik-Ausbildung an.

Schwark fordert zudem eine einheitliche Bezahlung für die Lehrer an Haupt- und Realschulen. Die Einkommensdifferenz betrage derzeit 200 bis 300 Euro im Monat: «Es ist absolut unverständlich, dass Hauptschullehrer mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung und den schwierigsten Schülern am schlechtesten bezahlt werden.» Eine höhere Bezahlung mache den Beruf des Hauptschullehrers für Männer attraktiver. Der Verband Bildung und Erziehung geht noch weiter und fordert neben einem einheitlichen Unterrichtsdeputat eine gleiche Vergütung für die Lehrer aller Schularten bei den Klassen fünf bis zehn. Es sei nicht akzeptabel, dass etwa ein 55-jähriger Hauptschullehrer rund 800 Euro im Monat weniger verdiene als ein gleichaltriger Kollege am Gymnasium.

Das Kultusministerium verweist lediglich auf die Koalitionsvereinbarung. Danach soll geprüft werden, wie zusätzliche Besoldungsanreize geschaffen werden können, um den Beruf des Hauptschullehrers attraktiver zu machen.

(Internet: www.ph-bw.de) - (Autorin: Julia Giertz, dpa)

Teil 3 - Schulen/Gesonderte Ausschreibung für Schulen auf dem Land erfolgreich

Stuttgart (dpa/lsw) - Um mehr Lehrer für den ländlichen Raum zu gewinnen, hat das Kultusministerium in diesem Jahr erstmals eine gesonderte Ausschreibung für die betroffenen Schulen zugelassen. Sie konnten vom 12. bis 22. Februar ihre Stellen für die Bewerber ohne die Konkurrenz der für die jungen Pädagogen attraktiveren Standorte in den Zentren Baden-Württembergs ausschreiben.

Insgesamt wurden 623 Stellen in diesem Verfahren im Internet (www.lehrereinstellung-bw.de) ausgeschrieben. Dabei lag der Schwerpunkt bei den Gymnasien mit 56 Prozent und den beruflichen Schulen mit 18 Prozent der Ausschreibungen. Nach einer ersten Auswertung dieses Verfahrens ziehen alle Beteiligten eine positive Bilanz: Für rund 95 Prozent der Stellen lagen Bewerbungen vor. Auf Grund von Mehrfachbewerbungen konnten über alle Schularten hinweg knapp 70 Prozent der Stellen besetzt werden. Stellen, die in diesem Verfahren nicht besetzt werden konnten, wurden im Rahmen des Hauptausschreibungsverfahrens vom 17. bis 28. März erneut ausgeschrieben. Für dieses Verfahren läuft derzeit die Bewerberauswahl.

Schulen mit besonderen Profilen oder Unterrichtsbereichen können auch schulbezogen Stellen ausschreiben. Zudem hilft die Anwerbung von Seiten- und Direkteinsteigern. Bei den Seiteneinsteigern können Diplomabsolventen und Universitätsassistenten in Physik, Chemie, Informatik, Mathematik und Latein in das Referendariat übernommen werden. Mit der spanischen Regierung wurde bereits 2003 eine Vereinbarung zur befristeten Beschäftigung spanischer Lehrkräfte in Baden-Württemberg getroffen. Direkteinsteiger kommen nach einer pädagogischen Nachqualifizierung aus der Praxis an die beruflichen Schulen und erhalten während ihrer Tätigkeit eine pädagogische Nachqualifizierung. Die allgemein bildenden Fächern an den beruflichen Schulen werden zusätzlich durch gymnasiale Bewerber und Realschullehrerkräfte mit abgedeckt.

(Internet: www.lehrereinstellung-bw.de)